

## **Antrag**

**der Abgeordneten Hagen Reinhold, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Gemeinsam leben, gemeinsam lernen – Eine Bauoffensive für Studierende und Auszubildende unter einem Dach**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Jedes Jahr beginnen jeweils über 500.000 junge Menschen in Deutschland ein Studium oder eine berufliche Ausbildung. Über 1.000.000 Talente wollen ihre Fähigkeiten und Interessen nutzen und vertiefen, um ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen selbstbestimmt zu gestalten. Die insgesamt 4,2 Millionen Menschen in Studium und beruflicher Ausbildung sind damit die berufliche Zukunft der Bundesrepublik Deutschland ([www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/studierende-insgesamt-bundeslaender.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/studierende-insgesamt-bundeslaender.html); <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156916/umfrage/anzahl-der-auszubildenden-in-deutschland-seit-1950/>).

Die Herausforderungen der angespannten Wohnungsmärkte in Deutschland trifft Auszubildende und Studierende in ähnlicher Weise. Ist die Traumausbildung oder das Traumstudium weit vom Heimatort entfernt oder wird nur an wenigen Orten in Deutschland angeboten, müssen weite Wege oder hohe, jährlich steigende Mieten in Kauf genommen werden. Die Bundesbildungsministerin hat dieses Problem gegenüber dem „SPIEGEL“ mit „Man muss ja nicht in die teuersten Städte gehen“ ([www.spiegel.de/panorama/anja-karliczek-zur-bafoeg-reform-die-verantwortung-liegt-bei-den-eltern-a-00000000-0002-0001-0000-000162286207](http://www.spiegel.de/panorama/anja-karliczek-zur-bafoeg-reform-die-verantwortung-liegt-bei-den-eltern-a-00000000-0002-0001-0000-000162286207)) kleingeredet. Da-

mit erkennt Anja Karliczek, dass manche Studiengänge nur in teuren Hochschulstädten wie Berlin oder München angeboten werden. Zudem deckt der Wohnzuschlag im BAföG-Höchstsatz derzeit nur noch in drei von 30 Hochschulstädten des IW-Studentenwohnpreisindex die Miete für die studentische Musterwohnung (<https://mlp-se.de/presse/pressemitteilungen/2020/mlp-studentenwohnreport-2020/>). Der knappe Wohnungsmarkt darf nicht die freie Wahl der Ausbildung gefährden.

Während die Studierendenwerke Wohnraum für Studierende zur Verfügung stellen, gibt es für Azubis oft gar keine gezielten Wohnangebote. Die Studentenwerke dürfen bisher auch nicht an Azubis vermieten. So bauen verschiedene große Akteure in eigener Regie Auszubildendenwohnheime, Kommunen und Länder bieten neben den Studentenwohnheimen eigene Auszubildendenwohnheime an ([www.morgenpost.de/berlin/article215737835/Berliner-Kliniken-bauen-erstes-Azubi-Wohnheim.html](http://www.morgenpost.de/berlin/article215737835/Berliner-Kliniken-bauen-erstes-Azubi-Wohnheim.html); [www.bento.de/future/ausbildung-wohnung-fuer-250-euro-in-duesseldorf-diese-staedte-bieten-guenstigen-wohnraum-fuer-azubis-a-e9166b75-1b62-4133-9d79-ca8ce00c144b](http://www.bento.de/future/ausbildung-wohnung-fuer-250-euro-in-duesseldorf-diese-staedte-bieten-guenstigen-wohnraum-fuer-azubis-a-e9166b75-1b62-4133-9d79-ca8ce00c144b)).

Die antragstellende Fraktion ist der Auffassung, dass es keine isolierten, sondern gemeinsame Lösungen für die angespannte Wohnraumsituation von Auszubildenden und Studierenden braucht. Eine Verbesserung der Wohnraumsituation kommt allen jungen Menschen in Ausbildung zugute. Wenn Studierende und Auszubildende miteinander wohnen, treffen zudem Praxis und Wissenschaft schon in der Etagenküche aufeinander und der für die Wirtschaft so wichtige Austausch beider Welten beginnt schon in der Ausbildungsphase sprichwörtlich beim Frühstück. Gesellschaftliche Missverständnisse über die angenommene Wertigkeit und den Nutzen verschiedener Bildungswege können schon früh durch die jungen Menschen durch ein gemeinsames Wohnen entschärft und als falsch entlarvt werden.

Der Bund soll daher auf die Länder zugehen und in Kooperation mit den Ländern, den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie den Studentenwerken prüfen, wie Auszubildende überall in Deutschland sich um Plätze in bisherigen Studentenwohnheimen bewerben können. Die Studenten- und Studierendenwerke sollen auch für Auszubildende geöffnet werden, indem die Mitgliedschaft zukünftig sowohl für Auszubildende als auch für Studierende freiwillig möglich sein sollen. Solange noch Mittel für den sozialen Wohnungsbau gezahlt werden, sollen in den Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern festgesetzt werden, dass Studentenheime, die ganz oder anteilig aus Bundesmitteln gefördert werden, auch für Auszubildende geöffnet werden.

Diese Maßnahmen verknüpfen zwar auf bisher unbekannte Weise Studium und Ausbildung, schaffen aber keinen neuen Wohnraum. Hier sind vielfältige Lösungen gefragt, die über eine simplifizierende Aufstockung staatlicher Mittel für den Sozialen Wohnungsbau hinausgehen. So soll beispielsweise Eigentümern von leerstehenden Gewerbe- und Büroflächen ermöglicht werden, ihren leerstehenden gewerblichen Raum für bildungsbezogenes Wohnen umzubauen. Die antragstellende Fraktion will die Absetzung für Abnutzung (AfA) auf 3 % anheben. Mit einer Befreiung von der Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Immobilien zur langfristigen Nutzung für bildungsbezogenes Wohnen und einer Anpassung des Baugesetzbuches sowie weiterer Verordnungen und Gesetze will die Fraktion der FDP den Akteuren mehr Optionen bieten, bildungsbezogenes Wohnen zu verwirklichen. Dafür ist ebenso eine deutliche Senkung der Baukosten notwendig: Vorschriften, Verordnungen und Gesetze, wie die Stellplatzverordnung, die im bildungsbezogenen Bauen kaum Nutzen, aber viele Kosten verursachen, sollen identifiziert und reduziert bzw. gestrichen werden.

Für jene Auszubildende und Studierende, für die das Verlassen der Heimat für die Ausbildung eher ein Hemmnis als eine attraktive Option darstellt, muss die digitale Lehre an Hoch- und Berufsschulen ausgebaut werden. Das entspannt auch die Woh-

nungsmärkte in den Großstädten. Die Bundesregierung muss eine Offensive für digitale Hochschullehre auf den Weg bringen, die eine orts- und zeitunabhängigere Ausgestaltung des Studiums ermöglicht. Die Berufsschulen brauchen flächendeckend einen leistungsfähigen Highspeed-Breitbandanschluss und einen Digitalpakt 2.0, der Gelder für professionelle IT-Kräfte an den Schulen und eine verbesserte Lehreraus- und -weiterbildung ermöglicht. Auch Privathaushalte dürfen nicht vom Highspeed-Internetanschluss abgeschnitten sein. Daher braucht es den Turbo für den Ausbau von 5G und Glasfaser in allen Teilen Deutschlands.

Bildungs- und Aufstiegsträume dürfen nicht an einem angespannten Wohnungsmarkt scheitern. Junge Menschen können ihre Zukunft nur dann selbstbestimmt in die Hand nehmen, wenn sie die Wahl ihres Ausbildungsberufes und ihres Studienfaches von den eigenen Talenten und Interessen abhängig machen können – und nicht von der Quadratmeterkaltmiete am Hochschul- oder Ausbildungsstandort. Deshalb braucht es eine nachhaltige Wohnraumoffensive für all die jungen Talente der beruflichen und akademischen Ausbildung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. mit den Ländern verstärkt Möglichkeiten zu suchen, Öffentlich-Private-Partnerschaften im bildungsbezogenen Wohnen zu nutzen und den Ankauf von Belegungsrechten von privaten Bauherren zur Unterbringung von Studierenden und Auszubildenden zu prüfen;
2. in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Ländern die Studenten- und Studierendenwerke auch für Auszubildende zu öffnen, indem die Mitgliedschaft zukünftig sowohl für Azubis als auch für Studierende freiwillig möglich sein soll, um damit das gemeinsame Zusammenleben von Studierenden und Auszubildenden in Wohnheimen zu ermöglichen und umzusetzen und dabei ebenfalls Möglichkeiten erörtern, Studierendenwerke auch für minderjährige Studenten und Auszubildende zu öffnen;
3. langfristig die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf ein Mindestmaß abzuschmelzen und bis dahin in den Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern festzusetzen, dass mit Bundesmitteln geförderter studentischer Wohnraum ebenfalls für Auszubildende offensteht;
4. die Einführung einer Grunderwerbsteuerbefreiung zu prüfen, wenn die zu erwerbende Immobilie langfristig für das Wohnen von Studierenden und Auszubildenden genutzt werden soll;
5. den Abschreibungssatz für Abnutzungen (AfA) auf 3 % zu erhöhen;
6. Umstände, die eine Umnutzung von gewerblichem Leerstand wie bspw. leerstehenden Büroflächen in Wohnflächen für Studierende und Auszubildende erschweren, zu identifizieren und zu reduzieren bzw. zu streichen;
7. baukostentreibende Vorschriften in Verordnungen und Gesetzen zu identifizieren und für das Bauen von Wohneinheiten für Auszubildende und Studierende auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren bzw. zu streichen;
8. zu prüfen, ob und wie die Schaffung eines eigenen Normenkataloges für das Wohnen von Studierenden und Auszubildenden mehr entsprechenden Wohnraum ermöglichen würde;
9. auf eine verstärkte Harmonisierung der Landesbauordnungen an der Musterbauordnung hinzuwirken, um standardisiertes und industrielles Bauen in ganz Deutschland zu ermöglichen;

10. den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland, insbesondere in ländlichen Hochschulstandorten und überbetrieblichen Bildungsstätten voranzutreiben, durch
  - a. die Einrichtung eines Gigabit-Grundbuches,
  - b. die Beschleunigung des Glasfaserausbaus durch innovative Verlegetechniken und
  - c. Gigabit-Gutscheine für den Breitbandausbau;
11. eine Offensive für digitale Hochschullehre auf den Weg zu bringen, die eine orts- und zeitunabhängigere Ausgestaltung des Studiums ermöglicht, und die Digitalisierung der Berufsschulen über einen Highspeed-Breitbandanschluss und einen Digitalpakt 2.0, der Gelder für professionelle IT-Kräfte an den Schulen und eine verbesserte Lehreraus- und -weiterbildung zur Verfügung stellt, auf den Weg zu bringen;
12. einen Gesetzentwurf zur Einführung eines elternunabhängigen Baukasten-BAföGs in den Deutschen Bundestag einzubringen.

Berlin, den 3. November 2020

**Christian Lindner und Fraktion**